

An die Vertreterinnen  
und Vertreter der Medien

**Mainz, 6. November 2008**

- 2 Seiten -

**PRESSEMITTEILUNG** der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz  
zur heutigen Anhörung des Ausschusses für Bildung und Jugend  
zur Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz

### **Die Entschlossenheit fehlt**

#### **Rheinland-pfälzische SchülerInnenvertretung fordert im Landtag mehr Mut**

Heute, am 6. November 2008, nahm sich der Ausschuss für Bildung und Jugend im Mainzer Landtag eine Viertelstunde Zeit für die Schülerinnen und Schüler. Das ist nicht viel – und doch kritisierten die beiden VertreterInnen konstruktiv die Änderungen zu den Themen „Realschule plus“, SV-Bildung, SV-Wahlen und SchülerInnenbeförderung im neuen Schulgesetz. Sie forderten eine größere Aufwertung der Integrierten Gesamtschulen, ein Stimmrecht der SchülerInnen im Schulträgerausschuss, eine Aufwertung des Schulausschusses und vieles mehr.

### **Die Schulstrukturreform, die keine ist**

„Mit ‚Realschule plus‘ wird ein baufälliges Drei-Klassen-System durch ein neues, aber ebenso kritisches und darüber hinaus noch provisorisches Zwei-Klassen-System ersetzt. Schule spiegelt die Gesellschaft wieder und ist gleichzeitig auch entscheidend für ihre Entwicklung“, so Innenreferentin Hanna Zoe Trauer zur neuen Schulform „Realschule plus“, die in Rheinland-Pfalz die Hauptschulen ablösen wird. „Die Schülerinnen und Schüler, die Betroffenen selbst, fordern seit langem eine Schule für alle. Die Landesregierung sollte Farbe bekennen und zeigen, dass sie für eine solidarische und gemeinsame Bildung steht. Bei der Aufwertung der Integrierten Gesamtschule hätten wir uns mehr Mut gewünscht.“

## **Gottesbezug im Schulgesetz: ein mittelalterliches Zeugnis, das leider bestehen bleiben soll**

Außenreferent Julian Knop, der gemeinsam mit Hanna Zoe Trauer vor dem Ausschuss sprach, zum Passus „Erziehung zur Selbstbestimmung in Verantwortung vor Gott“: „Momentan impliziert das Schulgesetz, dass Schülerinnen und Schüler, die nicht zur Verantwortung zu Gott erzogen werden wollen, in Schulen keinen Platz finden - und das im ersten Paragraphen.“

## **Immer noch Schranken für die SchülerInnenpartizipation**

„Wissen Sie, wie Entscheidungen an den Schulen getroffen werden? Die Gesamtkonferenz ist das höchste beschlussfassende Gremium einer Schule. Dort hat die Vertretung der Schülerinnen und Schüler nur Rederecht. Niemand aus der SV darf aktiv an der Abstimmung teilnehmen. Daran ändert sich nichts mit dem neuen Schulgesetz. Auf Kreisebene, das heißt im Schulträgersausschuss, haben die VertreterInnen überhaupt erst seit der Änderung das Recht, teilzunehmen. Und dann folgt die Landesebene: Dass hier die Partizipation der Schülerinnen und Schüler nicht zur Genüge gegeben ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass das neue Schulgesetz an den Wünschen der Schülerinnen und Schüler völlig vorbeigeht“, so Hanna Zoe Trauer.

„Manche BildungspolitikerInnen scheinen sich einzubilden, dass Schülerinnen und Schüler keine Rolle im Schulleben spielen. Doch fehlende Partizipation der SchülerInnen ist nur ein kleiner Teil dessen, was in unserem Bildungssystem nicht stimmt“, so Julian Knop weiter. „Unsere Kritik war wohl treffend. Einige Gesichter, die genau wussten wie Recht wir haben, aber auch einige Gesichter, an welchen man die Frage ablesen konnte, was Schülerinnen und Schüler überhaupt hier zu suchen haben.“

Bei Fragen oder Anmerkungen wenden Sie sich bitte an unseren Pressereferenten Matthias Köberlein, neue Handynummer(!): 0178/8993804 (außerhalb der täglichen Schulzeiten), E-Mail: [presse@lsvrlp.de](mailto:presse@lsvrlp.de)